



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreistag
Kreuzstr. 105 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler

Herrn Landrat Dr. Pföhler
Kreisverwaltung
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler
per email

Fraktion im Kreistag
Ahrweiler
Wolfgang Schlagwein
Fraktionsvorsitzender
Kreuzstr. 105
53474 Bad Neuenahr-
Ahrweiler
Fon (02641) 25907 (p)
(0261) 4932-36277 (d)
mail wschlagwein@web.de

08.03.2009

Antrag zur Tagesordnung der kommenden Kreistagssitzung

100% Erneuerbare Energien: Entwicklungspfad für den Landkreis Ahrweiler

Sehr geehrter Herr Landrat,

wir bitten Sie, den Punkt „100% Erneuerbare Energien: Entwicklungspfad für den Landkreis Ahrweiler“ auf die Tagesordnung der kommenden Kreistagssitzung zu setzen.

In den vergangenen Jahren hat der Kreis wichtige Schritte zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Nutzung Erneuerbarer Energien getan. Dazu gehört die Vorlage jährlicher Energieberichte durch die Verwaltung, die energetische Sanierung der Nürburgring-Schule, der Neubau des Are-Gymnasiums im Passivhausstandard, die Gründung der Solarstrom-GmbH, der Biomasse-Masterplan mit drei Machbarkeitsstudien, der Grundsatzbeschluss des Kreistages zur Gründung einer Energieagentur.

Inzwischen stockt jedoch die weitere Fortsetzung des eingeschlagenen Weges an wichtigen Stellen. Die Energieagentur ist über den Grundsatzbeschluss nicht hinausgekommen. Aus dem Biomasse-Masterplan ist bisher keine Umsetzung eines Projektes gelungen. Das Ausscheiden in der ersten Runde des bundesweiten Wettbewerbs „Bio-Energie-Regionen“ hat gezeigt, daß eine Vielzahl anderer Regionen in diesem Thema erfolgreich unterwegs ist.

Vor allem in vielen kommunalen Entscheidungsgremien fehlt noch immer das notwendige Bewußtsein über die Bedeutung der Erneuerbaren Energien, der Erhöhung der Energieproduktivität, den dafür notwendigen Umbau der regionalen energiewirtschaftlichen Strukturen und die Mobilisierung von Akteuren. Es fehlt an einer klaren politischen Zielsetzung, an Entwicklungspfaden und Umsetzungsstrategien und an der Zuweisung der dafür notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen in den kommunalen Verwaltungen.

Die Endlichkeit der fossilen Energieträger bewirkt dramatische Preissteigerungen für Energie mit erheblichen sozialen und ökonomischen Belastungen, die nur zum ebenfalls hohen Preis einer tiefen und weltweiten Rezession vorübergehend unterbrochen sind. Die Abhängigkeit unserer Volkswirtschaft von fossilen Energien, die über ständig gefährdete globale Transportketten aus den Krisenregionengebieten der Welt angeliefert werden, ist für unsere Volkswirtschaft längst unverträglich geworden.

Gleichzeitig verhindert der Konzentrationsprozeß der Energiewirtschaft und die damit verbundene Monopolisierung den notwendigen Wettbewerb. Im Stromsektor spricht der Bundesgerichtshof bereits von einem marktbeherrschenden Duopol von E.ON und RWE.

Das Ausmaß der durch Verbrennung fossiler Energieträger angeheizten Klimaschäden beschleunigt sich weiter.

Die Europäische Kommission ebenso wie die Bundesregierung geben deshalb zu Recht eine Reihe von Zielen vor. So will die Bundesregierung u.a. bis 2020

- den Anteil von Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung auf 25% erhöhen
- die Energieproduktivität verdoppeln
- den Anteil von Strom aus Erneuerbarer Energien auf 25 - 30% erhöhen.

Auch der Landkreis Ahrweiler ist zur Umsetzung dieser Ziele aufgefordert.

Dabei werden sich die Ziele nur durch einen grundlegenden Umbau unserer Energiewirtschaft hin zu dezentralen Strukturen erreichen lassen. Wir können uns aus ökonomischen und ökologischen Gründen nicht länger leisten, über zwei Drittel der in zentralen Kraftwerken eingesetzten Primärenergie als Abwärme zur Aufheizung des Klimas zu vergeuden, unsere Häuser aber weiter mit teurem Erdöl oder russischem Gas heizen.

Die kommunale Politik im Kreis muß Konsequenzen aus der Erkenntnis ziehen, daß in ihrem Verantwortungsbereich keine Kohlen-, Erdgas-, Erdöl- oder Uranvorräte lagern, aber unerschöpfliche Quellen Erneuerbarer Energien auf ihre Nutzung warten. Der Biomasse-Masterplan hat gezeigt, daß es uns nicht an verfügbaren Potenzialen, sondern an örtlichen Akteuren und Verwertungswegen mangelt.

Solange dies so bleibt, geht dem Landkreis Ahrweiler Jahr für Jahr ein erhebliches wirtschaftliches Potenzial ungenutzt verloren, ziehen die energiewirtschaftlichen Strukturen in ihrer jetzigen Form jedes Jahr erhebliche Kaufkraft aus dem Landkreis ab - mit steigenden Energiepreisen in immer größerem Ausmaß.

Dezentrale Strukturen in Verbindung mit Erneuerbaren Energien dagegen sind ein Geschäftsfeld für kleine und mittlere Unternehmen wie für das örtliche Handwerk und Gewerbe.

Damit schaffen sie neue Erwerbsmöglichkeiten vor Ort und stärken die regionale Wertschöpfung.

Der notwendige Umbau hin zu einer dezentralen Energiewirtschaft auf Basis Erneuerbarer Energien liegt dabei auch in der planerischen Verantwortung der Regionen und Kommunen. Auf ihrer Ebene sind angesichts der Raumbedeutsamkeit und Flächenwirksamkeit der Erneuerbaren Energien und der erforderlichen Anlagen die planerischen Entscheidungen abzuwägen und die örtlichen Akteure zum Aufbau von Nahwärmenetzen, zur Waldholzmobilisierung oder zur Aktivierung von Dachflächen für Solarenergienutzung zu organisieren.

Die Bedeutung der Regional-, Kreisentwicklungs- und Bauleitplanung für die Ausbauziele der Erneuerbaren Energien darf nicht länger verkannt werden.

Bundesweit stellen sich immer mehr Kommunen, Landkreise und regionale Planungsgemeinschaften dieser energiepolitischen Verantwortung im Rahmen der örtlichen Daseinsvorsorge. Beispielhaft seien hier nur die Potenzialstudie des Rhein-Sieg-Kreises, die Zielsetzungen der

Metropolregion Rhein-Neckar, der Energiebericht der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe oder die Studie „Nordhessen 2020 – Dezentrale Energie und Arbeit“ genannt.

Längst haben sich eine Vielzahl von Regionen und Gebietskörperschaften in allen Größenordnung das Ziel einer vollständigen Versorgung aus Erneuerbaren Energien gesetzt und sich dazu auf den Weg gemacht. Für Landkreise wie München, Traunstein oder Fürstentfeldbruck liegen konkrete 100%-Beschlüsse vor.

Im Forschungsprojekt „100%-Erneuerbare-Energie-Regionen“ wird die Vielzahl der Aktivitäten gebündelt, ein erster bundesweiter Kongress findet im Juni in Kassel statt.

Die Stadt Wolfhagen hat zur Umsetzung dieses Ziels eigene Stadtwerke gegründet und das örtliche Stromnetz von E.ON zurückgekauft. In Rheinland-Pfalz liegt für die Verbandsgemeinde Guntersblum ein 100%-Beschluss vor.

Nach einer Studie von Juwi ist in Rheinland-Pfalz eine Bereitstellung des Strombedarfes zu 100% aus Erneuerbaren Energien bis 2030 möglich.

Bündnis 90/Die Grünen machen aus diesen Gründen folgenden Beschlussvorschlag:

Der Kreistag ist sich der wachsenden Bedeutung Erneuerbarer Energien, der Erhöhung der Energieproduktivität und des Aufbaus dezentraler energiewirtschaftlicher Strukturen bewusst. Er strebt zur Sicherung einer nachhaltigen Versorgung mit Energie schnellstmöglich an, den Energieverbrauch im Kreis zu halbieren und den verbleibenden Energiebedarf vollständig aus erneuerbaren Energien zu decken. Ein Entwicklungspfad zur Umsetzung dieses Zieles ist aufzustellen.

Als erstes Etappenziel wird bis 2020 in Anlehnung an die Ziele, wie sie die Bundesregierung ebenfalls bis 2020 gesetzt hat, auf Kreisebene angestrebt:

- *Verdopplung der Energieproduktivität*
- *Steigerung des Anteils der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung auf 25-30%*
- *Steigerung des Anteils von Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung auf 25% bis 2020*
- *Steigerung der Erneuerbaren Energien im Wärmesektor auf 20% bis 2020*

Dazu sind zunächst folgende Schritte einzuleiten:

- *Bestandsaufnahme zur Festlegung der Ausgangsbasis im Kreis, z.B. Ermittlung des heutigen Energieverbrauchs, des Anteils Erneuerbarer Energien nach Energieträgern, des Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung etc.*
- *Konkretisierung des angestrebten spezifischen Beitrages der einzelnen Träger Erneuerbarer Energien im Kreis (Energimix) unter Bezug auf die dafür erforderlichen und verfügbaren Flächenpotenziale*
- *Planerische Sicherung der Flächen im Rahmen der Fortschreibung zur Fortschreibung der Regional- und Flächennutzungsplanung in Kooperation mit den Kommunen und der regionalen Planungsgemeinschaft*
- *Aufnahme der Arbeit der Energieagentur spätestens zum 1.1.2010*
- *Mobilisierung der erforderlichen Akteure*

Die Verwaltung wird beauftragt, die einzelnen Schritte einzuleiten. Der Kreistag richtet gemeinsam mit der Verwaltung einen Arbeitskreis zur Begleitung dieses Prozesses ein. Im Kreistag ist halbjährlich über den weiteren Prozeß zu berichten und zu beraten.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Wolfgang Schlagwein